

Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22.9.2017

Rede des kubanischen Außenministers Bruno Rodríguez Parilla

Herr Präsident,
Herr Generalsekretär,

ich versichere Sie der Unterstützung Kubas bei Ihrer Arbeit an der Spitze des Sekretariats der Organisation der Vereinten Nationen als Garant und Verteidiger des internationalen Friedens.

Meine Damen und Herren Staats- und Regierungschefs, ehrenwerte Delegierte, ich bringe tiefe Anteilnahme für die Angehörigen der Toten und die Überschwemmungsoffer zum Ausdruck und unsere Bereitschaft, im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten die Zusammenarbeit mit den Brudervölkern und Regierungen von Dominica sowie Antigua und Barbuda zu verstärken – kleine Inseln, die schreckliche Verwüstungen erleiden mussten – wie auch mit der Dominikanischen Republik, Puerto Rico, Saint Martin, Sint Maarten, den Jungferninseln und Anguilla wegen der Hurrikane Irma und Maria.

Ich rufe die internationale Gemeinschaft auf, mit Priorität Ressourcen zu mobilisieren, um den kleinen Staaten und Inselterritorien der Karibik zu helfen, die zerstört wurden.

Warmherzige Gefühle der Solidarität Kubas gehen auch an das Volk und die Regierung Mexikos, insbesondere an die Familienangehörigen der Opfer und Verschütteten, welche die beiden Erdbeben hinterlassen haben. Vor ihnen bekräftigen wir die Bereitschaft, der Bevölkerung zur Seite zu stehen wie auch innerhalb unserer bescheidenen Mittel bei der Behebung der Schäden behilflich zu sein.

Wir sprechen dem Volk der Vereinigten Staaten unser Beileid, den Familien der Opfer unsere Anteilnahme und allen von Hurrikan Irma Betroffenen unser tiefes Mitgefühl aus.

Herr Präsident,

ich überbringe das Zeugnis des kubanischen Volkes, das ungeheure Anstrengungen auf sich nimmt zur Behebung der schweren Verheerungen an Wohnungen, in der Landwirtschaft, am elektroenergetischen System und bei anderen durch den Hurrikan Irma verursachte Schäden. Trotz intensiver Präventivmaßnahmen einschließlich der Evakuierung von 1,7 Millionen Personen und völliger Kooperation der Bürger hatten wir zehn Tote zu beklagen.

Die schmerzliche Beeinträchtigung von Serviceleistungen und die Verluste an sozialen und menschlichen Gütern, den Familien aufgebürdeten Entbehungen durch viele Stunden ohne Strom und Wasser haben die Einheit und Solidarität unseres noblen und heroischen Volkes nur weiter verstärkt.

Immer wieder kam es zu bewegenden Szenen wie z.B., als Rettungskräfte ein gerettetes Mädchen seiner Mutter übergaben, als ein kleiner Junge eine Büste Martís aus den Trümmern barg, Szenen von Studenten, die fremden Familien halfen, von Soldaten der Bewaffneten Streitkräfte und des Ministeriums des Innern, die die härteste Arbeit leisteten, und von Lokalpolitikern, die die schwierigsten Aufgaben übernahmen.

Präsident Raúl Castro Ruz erließ aus dem am meisten verwüsteten Gebiet einen Aufruf, in dem er schrieb: „Es waren harte Tage für unsere Bevölkerung, die in wenigen Stunden erlebte, wie das, was unter Mühen aufgebaut worden war, durch einen zerstörerischen Wirbelsturm hinweggefegt wurde. Die Bilder der vergangenen Stunden sind sehr beredt, wie es auch der Geist des siegreichen Widerstandes unseres Volkes ist, das mit jeder Widrigkeit neu geboren wird“.

Im Namen des Volkes und der Regierung Kubas danke ich sehr für die tief empfundene Bezeugung der Solidarität und Zuneigung seitens zahlreicher Regierungen, Parlamente, internationaler Organisationen und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Ich drücke angesichts dessen, was wir an Hilfe empfangen haben, meine tiefe Dankbarkeit aus.

Herr Präsident,

ich habe lebhaftere und emotionale Erinnerungen an die starke Präsenz und die ungeheuer aktuellen Ideen, die in dieser Versammlung vom *Comandante en Jefe* der Kubanischen Revolution Fidel Castro Ruz ausgingen.

Ich sage im Namen unseres Volkes und unserer Regierung Dank für die Gefühle des Respekts, der Zuneigung und der Bewunderung, die man aus allen Breitengraden empfangen haben.

Herr Präsident,

am vergangenen Dienstag schickte sich Präsident Donald Trump an, uns zu überzeugen, dass eine seiner Absichten darin bestehe, den Wohlstand der Nationen und der Menschen zu fördern.

Aber in der realen Welt besitzen acht Männer zusammen ebenso viel wie die 3,6 Milliarden Menschen, die die ärmste Hälfte der Menschheit ausmachen.

Vom Umsatz her sind 69 der 100 größten Entitäten der Welt transnationale Konzerne, keine Staaten. Gemeinsam machen die zehn größten Korporationen der Welt einen Umsatz, der höher ist als die Staatseinnahmen von 180 Staaten zusammen.

In extremer Armut 700 Millionen Menschen, 21 Millionen sind Zwangsarbeit ausgeliefert, 5 Millionen Kinder starben 1915 vor Erreichen des 5. Lebensjahres an heilbaren Krankheiten, 785 Millionen Erwachsene sind Analphabeten.

815 Millionen Menschen leiden heute chronisch Hunger, Dutzende Millionen mehr als noch im Jahre 2015. Zwei Milliarden sind unterernährt. Selbst wenn der geringe Abnahmerhythmus der letzten Jahre, der nunmehr unterbrochen wurde, wieder aufgenommen wird, werden im Jahr 2030 immer noch 653 Millionen Menschen Hunger leiden und es wird nicht zu schaffen sein, den Hunger bis 2050 auszurotten.

Es gibt 22,5 Millionen Flüchtlinge. Die humanitären Tragödien in Verbindung mit den Migrantenströmen werden zusehends schlimmer und ihre Anzahl wächst in einer internationalen Wirtschafts- und politischen Ordnung, die ohne jeden Zweifel ungerecht ist.

Der Bau von Mauern und Barrieren, die Gesetze und Maßnahmen, die angewendet wurden, um den Wellen von Flüchtlingen und Migranten Einhalt zu gebieten, haben sich

als grausam und ineffizient erwiesen. Sie befördern eine Politik der Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit, die die Menschenrechte von Millionen verletzt und die Probleme der Unterentwicklung, die Armut und die Konflikte nicht löst, die die hauptsächlichen Ursachen für eine Migration und den Ausweg in die Flucht sind.

Die Militärausgaben belaufen sich auf annäherungsweise 1,7 Billionen Dollar. Diese Realität straft diejenigen Lügen, die behaupten, es mangle an Ressourcen, um mit der Armut Schluss zu machen.

Aber der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung mangelt es an Mitteln der Umsetzung aufgrund des Egoismus und des fehlenden politischen Willens seitens der Vereinigten Staaten und anderer Industrienationen.

Was ist das Wunderrezept, das uns Präsident Trump mangels der Finanzströme des Marshall Plans empfiehlt? Wer stellt dafür jetzt die Ressourcen zur Verfügung? Wie verträgt sich das mit der Vorstellung der Präsidenten Reagan vor Jahrzehnten und Trump heute von „Amerika zuerst“?

Er ignoriert oder verfälscht die Geschichte und präsentiert als Ziel eine Chimäre. Die dem Kapitalismus eigenen Muster der Produktion und des Konsums sind unhaltbar und irrational und führen unerbittlich zur Zerstörung der Umwelt und zum Ende der menschlichen Gattung.

Kann man etwa die Konsequenzen des Kolonialismus vergessen, die Sklaverei, den Neokolonialismus und den Imperialismus?

Können die Jahrzehnte blutiger Militärdiktaturen in Lateinamerika etwa als Beispiel für einen erfolgreichen Kapitalismus vorgewiesen werden?

Kennt jemand Rezepte des neoliberalen Kapitalismus, die besser angewandt worden wären als jene, die die Ökonomien Lateinamerikas in der 80er Jahren zerstörten?

Es ist unausweichlich und unaufschiebbar, dass die Vereinten Nationen daran arbeiten, eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu etablieren, die partizipativ, demokratisch, gerecht und inklusiv ist, und eine neue Finanzarchitektur, die beide die Rechte,

Bedürfnisse und Besonderheiten der Entwicklungsländer und die bestehenden Asymmetrien in den Finanzen und im Welthandel berücksichtigen, die das Ergebnis jahrhundertelanger Ausbeutung und Plünderung sind.

Die Industrieländer sind in der moralischen Pflicht, in der historischen Verantwortung und sie verfügen über die finanziellen und die hinlänglichen technologischen Mittel hierzu.

Nicht einmal für die Reichen wird es den angekündigten Wohlstand geben, wenn der Klimawandel nicht aufgehalten wird.

Kuba bedauert die Entscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten, dem historischen Hauptverursacher von Treibhausgasen, sein Land aus dem Pariser Vertrag zurückzuziehen.

Im Jahr 2016 kam es beim Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur im dritten aufeinanderfolgenden Jahr zu einem Rekord, was deutlich macht, dass der Klimawandel eine Bedrohung für das Überleben der menschlichen Gattung und die nachhaltige Entwicklung unserer Völker ist.

Wir bekräftigen erneut unsere Solidarität mit den kleinen Inselstaaten, insbesondere in der Karibik und im Pazifik, die sich in der Entwicklung befinden und die am schwersten vom Klimawandel betroffen sind. Für sie fordern wir eine gerechte, besondere und differenzierte Behandlung.

Wir unterstützen außerdem die prioritäre Beachtung der Bedürfnisse Afrikas südlich der Sahara.

Herr Präsident,
die Regierung der Vereinigten Staaten ist gekommen um uns zu sagen, dass die anderen zwei „schönen Säulen“ der Weltordnung neben dem Wohlstand die Souveränität und die Sicherheit seien.

Es liegt in der Verantwortlichkeit aller, angesichts der Bedrohung mit Atomwaffen die menschliche Existenz zu schützen. Ein wichtiger Beitrag zum Erreichen dieses Ziels war die Verabschiedung und Unterzeichnung im Rahmen dieser Generalversammlung des

Vertrags über das Verbot der Atomwaffen, der die Existenz, den Einsatz und die Drohung mit dem Einsatz dieser Waffen verbietet, die die Fähigkeit besitzen, die menschliche Gattung auszurotten.

Die Vereinigten Staaten setzten diesem Vertrag heftigen Widerstand entgegen. Sie kündigten an, 700 Milliarden Dollar für militärische Zwecke auszugeben und entwickeln eine extrem aggressive nukleare Doktrin, die auf der Drohung mit Gewalt und Anwendung derselben basiert.

Mitgliedstaaten der NATO handeln gegen den Frieden und die internationale Sicherheit und das Völkerrecht, indem sie militärische Interventionen und Nicht-Konventionelle Kriege gegen souveräne Staaten fördern.

Wie der *Comandante en Jefe* der Kubanischen Revolution Fidel Castro Ruz sagte: „Der Philosophie der Ausplünderung sei ein Ende gesetzt, und die Philosophie des Krieges wird ein Ende haben.“

Die Auferlegung von unilateralen Zwangsmaßnahmen und die Anwendung von finanziellen, juristischen, kulturellen und kommunikativen Mitteln zur Destabilisierung von Regierungen sowie die Verweigerung des Rechts auf freie Selbstbestimmung der Völker sind alltäglich geworden.

Die Militarisierung des Cyberspace und die verdeckte Nutzung der Informationstechnologien und der Kommunikation, um andere Staaten anzugreifen, nehmen zu, während mehrere entwickelte Länder sich mit aller Kraft gegen die Annahme von internationalen Verträgen zur Regulierung der Zusammenarbeit wenden, um einen sicheren Cyberspace zu erreichen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten manipuliert die Konzepte von Souveränität und Sicherheit ausschließlich zu deren Nutzen und zum Nachteil der Interessen aller anderen, ihrer Verbündeten eingeschlossen.

Die Bestrebungen, militärische Drohung und Gewalt anzuwenden, um weltweit nicht rückgängig zu machende Tendenzen hin zum Multipolraismus und Polizentrismus aufzuhalten, führen zu schwerwiegenden Gefahren für den Frieden und die internationale

Sicherheit, die mittels einer internationalen Mobilisierung verteidigt und erhalten werden müssen.

Die Prinzipien der souveränen Gleichheit, der Respektierung der territorialen Integrität und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten müssen respektiert werden. Die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht erlaubt keine Neuauslegung.

Die Reform der Vereinten Nationen muss als wesentliches Ziel haben, den dringenden Bedürfnissen der Völker und der benachteiligten großen Mehrheiten gerecht zu werden. Die Demokratisierung des Sicherheitsrats, sowohl was seine Zusammensetzung als auch was seine Arbeitsmethoden betrifft, ist ein unaufschiebbares Ziel.

Die Stärkung der Generalversammlung und die Wiedergewinnung von Funktionen, die ihr widerrechtlich entrissen wurden, sind unerlässlich.

Herr Präsident,

der „Patriotismus“, der im Diskurs der Vereinigten Staaten geltend gemacht wird, ist eine Pervertierung des Humanismus, der Liebe und Treue zum Vaterland und der Bereicherung und Verteidigung der nationalen und universellen Kultur. Er verkörpert eine Vision des Außergewöhnlichseins und der Überlegenheit von ignoranter Intoleranz gegenüber der Vielfalt politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Modelle.

In den entwickelten Ländern vertieft sich der Verlust der Legitimität der politischen Systeme und Parteien und die Wahleuthaltung nimmt zu. Die legale oder illegale Korruption metastasiert wie im Extremfall der sogenannten „Sonderinteressen“ oder der Zahlung an Unternehmen im Austausch für Vorteile, in dem Land, in dem am meisten Geld für Wahlkampagnen ausgegeben wird und wo paradoxerweise der gewählt werden kann, der weniger Stimmen als sein Konkurrent erhalten hat beziehungsweise mit einer minimalen Wählerunterstützung regieren kann.

Die befremdliche Nutzung von Wissenschaft und Technologie zur Ausübung der Hegemonie, Verstümmelung nationaler Kulturen und der Manipulierung menschlichen Verhaltens nimmt zu, wie im Fall der Benutzung der sogenannten „big data“ oder der Psychometrie zu politischen Zwecken oder bei der Werbung. Sieben westliche Konsortien

kontrollieren eisern, was auf dem Planeten gelesen, gesehen oder gehört wird. Das Monopol bei der Technologie ist ausschlaggebend, die Beherrschung der Netze ist diktatorisch und diskriminierend und anders als es scheint, wächst die digitale Kluft zwischen reichen und armen Ländern.

Die Chancen der Jugendlichen, Migranten und Arbeiter werden abgebaut und deren Menschenrechte flagrant und systematisch verletzt.

Vorgestern sagte der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Michael Pence im Sicherheitsrat mit absurdem Unwissen über dessen Funktion und in der Absicht neue Sonderrechte zu etablieren, dass der Sicherheitsrat die Zusammensetzung und die Methoden des Menschenrechtsrats verändern sollte, „der seinen Namen nicht verdient“, wie er sagte, weil „eine deutliche Mehrheit seiner Mitglieder nicht einmal die grundlegendsten Standards der Menschenrechte erfüllt. Ich vermute, dass Herr Pence dabei den Fall seines eigenen Landes nicht eingeschlossen hat, das dies aufgrund seiner systematischen Menschenrechtsverletzungen verdienen würde, wie der Anwendung von Folter, der willkürlichen Verhaftung und Freiheitsberaubung, wie dies auf der Marinebasis Guantánamo geschieht, der Ermordung von Afroamerikanern durch die Polizei, des Todes von unschuldigen Zivilisten durch seine Truppen, der Fremdenfeindlichkeit und der Unterdrückung von Migranten, auch von Minderjährigen, und dessen seltener Zugehörigkeit zu internationalen Instrumentarien.

Herr Präsident,

wir bekräftigen noch einmal unsere strengste Verurteilung des Terrorismus in all seinen Formen und Erscheinungen und wir weisen die Doppelmoral bei deiner Bekämpfung zurück.

Die unaufschiebbare Suche nach einer gerechten und dauerhaften Lösung für den Konflikt im Mittleren Osten stützt sich auf die Ausübung des unveräußerlichen Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und darauf, über einen freien und unabhängigen Staat innerhalb der Grenzen vor 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zu verfügen.

Das Problem der Westlichen Sahara erfordert eine Anstrengung in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen, damit die Ausübung der Selbstbestimmung des

Volkes der Sahara garantiert und sein legitimes Recht anerkannt wird, unter voller Respektierung seiner Souveränität und seiner territorialen Integrität in seinem Territorium in Frieden zu leben.

Die Gefahren für den Frieden und die internationale Sicherheit, die sich aus der Erweiterung der Präsenz der NATO an den Grenzen Russlands ergeben, nehmen zu. Wir wiederholen unsere Zurückweisung der unilateralen und ungerechten Sanktionen, die über dieses Land verhängt wurden.

Wir fordern die Respektierung des sogenannten Nuklearvertrags mit der Islamischen Republik des Iran.

Wir weisen die Drohung zurück, die Demokratische Volksrepublik Korea vollständig zu zerstören, wo 25 Millionen Menschen leben. Der Krieg ist keine Option auf der koreanischen Halbinsel, da er die Existenz von Hunderten von Millionen Menschen bedrohen würde, die in diesem und in den Nachbarländern leben und zu einer nuklearen Verwüstung mit unvorhersehbaren Folgen führen würde. Nur durch den Dialog und durch Verhandlungen kann man eine dauerhafte politische Lösung erreichen, die die legitime Besorgnis aller involvierten Parteien berücksichtigt. Wir unterstützen eine völlige Entfernung aller Atomwaffen von der koreanischen Halbinsel, ohne ausländische Einmischung, unter voller Respektierung der territorialen Integrität der Staaten und in strikter Anlehnung an die Prinzipien, keine Gewalt anzuwenden und auch nicht mit Gewaltanwendung zu drohen.

Herr Präsident,

neue Bedrohungen brauen sich heute gegen den Frieden und die Stabilität Lateinamerikas und der Karibik zusammen, in offener Nichtachtung der „Proklamation als Zone des Friedens“, die von den Staats- und Regierungschefs unserer Region im Januar 2014 beim II. Gipfel der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen Staaten (CELAC) in Havanna unterzeichnet wurde.

Wir wiederholen das, was Präsident Raúl Castro Ruz am vergangenen 14. Juli über die Bolivarische Republik Venezuela gesagt hat:

„Die Aggression und die putschistische Gewalt gegen Venezuela schaden `Unserem Amerika´ insgesamt und nützen nur den Interessen derjenigen, die sich bemühen, uns zu

spalten, um ihre Herrschaft über unsere Völker auszuüben, ohne sich dafür zu interessieren, dass sie Konflikte mit unberechenbaren Folgen für unsere Region schaffen, so wie wir sie an verschiedenen Orten der Welt beobachten.

Wir warnen heute, dass diejenigen, die vorhaben, auf verfassungswidrigen, gewaltsamen und putschistischen Wegen die Bolivarische Revolution zu stürzen, eine erste Verantwortung vor der Geschichte übernehmen.“

Wir weisen energisch die militärischen Drohungen gegen Venezuela, die präsidentiale Verfügung, die das Land als eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten bewertet, und die von den USA angewandten einseitigen, ungerechtfertigten und willkürlichen Sanktionen zurück.

Wir wiederholen unsere unverbrüchliche Solidarität mit dem Volk und der bolivarianischen und chavistischen Regierung Venezuelas und seiner zivil-militärischen Union, die vom verfassungsmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro Moros angeführt wird.

Wir brandmarken und verurteilen die Nica-Act Initiative, die im Kongress der Vereinigten Staaten in einer Haltung der Einmischung gefördert wird und die anstrebt, über das Volk und die Regierung Nicaraguas, der gegenüber wir unsere Unterstützung bekräftigen, eine Wirtschaftsblockade zu verhängen.

Wir drücken dem ehemaligen Präsidenten Brasiliens Luiz Inácio Lula da Silva, der Opfer einer politischen Verfolgung ist, um durch eine juristische Unwählbarkeit seine Kandidatur für die Wahlen zu verhindern, unsere Solidarität aus. Lula, die Präsidentin Dilma Rousseff, die Partei der Arbeiter und das brasilianische Volk werden immer Kuba an ihrer Seite haben.

Wir bekräftigen unsere historische Verpflichtung in Bezug auf die freie Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des Volkes von Puerto Rico.

Wir unterstützen die rechtmäßige Forderung Argentiniens nach Souveränität über die Inseln der Malvinen, Südsandwich und Südgeorgien.

Kuba wird weiterhin mit allen seinen Möglichkeiten auf Bitten aller Parteien zu den Anstrengungen beitragen, einen stabilen und dauerhaften Frieden in Kolumbien zu erreichen.

Wir fühlen uns weiterhin verpflichtet, unsere bescheidenen Anstrengungen mit den Völkern des Südens zu teilen, wozu auch die Bemühungen der 40.000 kubanischen Mitarbeitern gehören, die heute in 64 Ländern um die Gesundheit und das Leben der Menschen kämpfen.

Herr Präsident,

am vergangenen 16. Juni machte der Präsident der Vereinigten Staaten Donald Trump die Politik seiner Regierung gegenüber Kuba bekannt, welche einen Rückschritt in den bilateralen Beziehungen darstellt und die vor zwei Jahren etablierten Grundlagen unterhöhlt, um in einer neuen Art von Beziehungen zwischen unseren Ländern voranzukommen, die von Respekt und Gleichheit bestimmt wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu verschärfen und hat den ohnehin schon beschränkten Möglichkeiten, die ihr Unternehmertum hatte, um mit Kuba Handel zu treiben und dort zu investieren, weitere Hindernisse in den Weg gelegt und ihren Bürgern, die nach Kuba reisen wollen, zusätzliche Restriktionen auferlegt.

Diese Entscheidungen lassen außer Acht, dass breite Sektoren der Vereinigten Staaten, die kubanische Emigration eingeschlossen, die Aufhebung der Blockade und die Normalisierung der Beziehungen unterstützen.

Sie kommen nur den Interessen einer Gruppe kubanischen Ursprungs im Süden Floridas entgegen, einer immer isolierten kleinen Minderheit, die darauf besteht, Kuba und unserem Volk zu schaden, weil es die Wahl getroffen hat, das Recht, frei, unabhängig und souverän zu sein, um jeden Preis zu verteidigen.

Wir klagen heute erneut die Verschärfung der Blockade an und wir versichern, dass jede Strategie, die darauf ausgerichtet ist, die Revolution zu zerstören, scheitern wird.

Ebenso weisen wir die Manipulation des Themas Menschenrechte in Bezug auf Kuba zurück, das wegen der erreichten Ziele vieles hat, auf das es stolz sein kann, und dem weder die Vereinigten Staaten noch sonst jemand Lektionen erteilen müssen.

Bei dieser Gelegenheit verurteilen wir auch auf das schärfste die respektlosen, beleidigenden und interventionistischen Erklärungen gegen Kuba und die kubanische Regierung, die Präsident Donald Trump vor drei Tagen von dieser Tribüne aus gemacht hat.

Wir erinnern ihn daran, dass die Vereinigten Staaten, wo flagrante Menschenrechtsverletzungen begangen werden, die international Besorgnis hervorrufen, nicht die mindeste Autorität besitzen, über mein Land zu richten. Wir bekräftigen, dass Kuba niemals Zwänge oder Auflagen akzeptieren noch jemals auf seine Prinzipien verzichten wird.

Was die angeführten Vorfälle angeht, von denen Beamte der Vereinigten Staaten in Havanna betroffen worden sein sollen, versichern wir unmissverständlich, dass die kubanische Regierung rigoros und ernsthaft ihre sich aus der Wiener Konferenz über Diplomatische Beziehungen bezüglich des Schutzes der Integrität aller Diplomaten ergebenden Verpflichtungen ohne Ausnahme erfüllt, wobei auch die der Vereinigten Staaten eingeschlossen sind. Kuba hat niemals Aktionen dieser Art ausgeführt und wird dies auch niemals tun, genauso wenig wie es gestattet hat und dies auch nie zulassen wird, dass sein Territorium von Dritten zu diesem Zweck benutzt wird.

Die kubanischen Behörden verfügen nach den vorläufigen Ergebnissen der prioritären und mit hohem technischen Aufwand auf Anweisung höchster Stellen unserer Regierung erfolgten Untersuchung, bei denen auch die von den Behörden der Vereinigten Staaten beigetragenen Daten berücksichtigt wurden, bis zu diesem Zeitpunkt über keinerlei Hinweise, was die Ursachen und den Ursprung der gesundheitlichen Beeinträchtigungen betrifft, von denen die Diplomaten und deren Familienangehörigen berichtet haben. Die Untersuchungen zur Aufklärung dieser Angelegenheit werden fortgesetzt und um sie zu Ende zu bringen, wird die effektive Mitarbeit der Behörden der Vereinigten Staaten wesentlich sein. Es wäre bedauerlich, wenn man eine Angelegenheit der beschriebenen Art politisieren würde.

Wie Präsident Raúl Castro Ruz sagte, hat Kuba weiterhin den Wunsch, über anhängige bilaterale Themen mit den Vereinigten Staaten auf der Basis der Gleichheit und der absoluten Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes zu verhandeln und den respektvollen Dialog und die Zusammenarbeit bei Themen gemeinsamen Interesses mit der Regierung der Vereinigten Staaten fortzusetzen.

Kuba und die Vereinigten Staaten können zusammen arbeiten und zusammen leben, wenn man die Unterschiede respektiert und all das fördert, was beiden Völkern zugute kommt, aber es sollte nicht erwartet werden, dass Kuba dafür Konzessionen macht, die seine Souveränität und Unabhängigkeit betreffen.

Herr Präsident,

das kubanische Volk wird nicht aufhören, die Aufhebung und totale Beseitigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu fordern und es wird weiterhin die Verschärfung dieser Politik anklagen. Am 1. November wird Kuba der Generalversammlung einmal mehr den Resolutionsentwurf mit dem Titel „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“ vorlegen.

Während in der Welt der Ungleichheit, die Opulenz einiger weniger und die Ausgrenzung von vielen anwachsen, setzt das kubanische Volk seinen Kampf fort, die gerechteste Gesellschaft zu erreichen, die möglich ist. Wir werden mit festem Schritt auf dem Weg der revolutionären Umwandlungen voranschreiten, der souverän von den Kubanerinnen und Kubanern zur Perfektionierung unseres Sozialismus beschlossen wurde.

Vielen Dank!